

## "Gedanken zur Verbesserung der österreichischen Staatswirtschaft aus dem Jahre 1804"

LORENZ MIKOLETZKY

Im "Archiv der österreichischen Wirtschaft", dem Wiener Hofkammerarchiv ruhen in der großen Anzahl seiner Akten noch viele ungehobene Schätze. Eine seiner Abteilungen nennt sich "Kreditakten. A.A. – Akten 1759-1810". Dieser Bestand ist nicht organisch erwachsen, sondern eine aus praktischen Gründen bei der Kreditsektion der Hofkammer angelegte Sammlung von Aktenstücken der jeweils obersten Finanzhofstelle (Hofkammer, Directorium usw.), die sich inhaltlich mehr oder weniger eindeutig um einen zentralen Begriff der Feststellung und Bedeckung der Staaterfordernisse gruppieren. Es sind allermeist Stücke von entscheidender Bedeutung, über die ein eigenes Verzeichnis Aufschluß gibt. Der Zeitpunkt der Anlage der Sammlung ist nicht feststellbar, auch konnte für eine Deutung des Namens "A.A. – Akten" kein Anhaltspunkt gefunden werden.<sup>1</sup> Hier liegen im Faszikel 6 "Verschiedene Finanzvorschläge", die teilweise gezeichnet, teilweise jedoch anonym die mannigfaltigsten Finanz- und Wirtschaftsprobleme behandeln.

Am 18. September 1804 legte der k.k. Staats- und Konferenzial-Konzipist Leopold Welzl, auf seine Person wird später noch genauer eingegangen werden, seine Schrift: "Gedanken zur Verbesserung der Österreichischen Staatswirtschaft" vor. Schon zwei Jahre zuvor (Oktober 1802) hatte er "Betrachtungen über das Kredits- und Geldwesen der Österreichischen Monarchie, nebst einigen Vorschlägen" verfaßt.

In einer Note an den Hofkammerpräsidenten Graf Karl Zichy vom 11. Oktober 1804 schildert der Staats- und Konferenzminister Graf Leopold Kolowrat, wie es zu den vorliegenden Aufzeichnungen kam: "Da gegenwärtig der – von Seiten der Finanz-Verwaltung schon einmahl zur Sprache gebrachte Antrag eine Bank zu errichten, erneuert wurde, und der mit Finanz- und Wechselgeschäften bekannte Staats- und Konferenzialconzipist Welzl in einem Aufsätze vom J. 1802 einen gleichen Anwurf machte: so trug ich demselben vor meiner Abreise nach Wetzdorf auf, seine Gedanken über diesen Punkt näher auseinander zu setzen. Er legte mir sonach unterm 18. Sept. die beiliegende Schrift vor, welche ich Euerer Excellenz vorzüglich aus dem Grund-

de, weil darin die Errichtung einer Bank unter mehreren Ansichten als vortheilhaft geschildert wird, zur gefälligen Einsicht mitzutheilen die Ehre habe, mir aber nach der Hand deren Zurückstellung erbitte ..."<sup>2</sup>

In einer Vorrede geht der Verfasser auf den Sinn dieser insgesamt 49 Seiten umfassenden Abhandlung ein und weist darauf hin, daß sich die Umstände der Staatsfinanzen seit dem Jahr 1802 wesentlich geändert hätten "... und die Absicht, den ungünstigen Wechselkurs zu verbessern, und gute Münze in den Umlauf zu bringen, und in demselben zu erhalten, durch eine Bank, oder anderer außerordentlicher Mittel, schlechterdings nicht erreicht werden kann: so sah sich der Verfasser genöthigt, weiter um sich zu greifen; seine Ansicht des gegenwärtigen Standes der Dinge niederzuschreiben; die Zwecklosigkeit kleinlicher Maßregeln zu schildern und auf einige außerordentliche Mitteln zu deuten ..."<sup>3</sup> Auf zehn Paragraphen verteilt, von der "Nothwendigkeit, die bisherigen Finanz-Unternehmungen nach ihren Wirkungen zu beurtheilen" über die "Errichtung einer Wechselbank", bis zum Kapitel "Dann ein Mittel, die beträchtliche Verwendung des Silbers zu verschiedenen Geräthen zu mindern" spannt sich ein weiter Bogen von Welzls Gedankengängen.

"Nach so vielen harten Schlägen, welche der österreichische Staatskredit durch den – viele Jahre angehaltenen kostspieligen Krieg erlitten hat, während welchem ungeheure Massen gaten Geldes über die Gränzen wanderten, und die – durch eiserne Noth abgedrungenen nachtheiligsten Finanzoperationen vorgenommen wurden, – war man bei hergestelltem Frieden darauf bedacht, die bedenkliche Lage der Staatsfinanzen zu verbessern, und den Kredit emporzuheben. Es gehört wesentlich zur Sache, jede Finanzoperation, nach ihren Wirkungen zu beurtheilen, um die Überzeugung zu erhalten, ob sie ihren Ansichten entsprach".<sup>4</sup> Aber der hier angesprochene Friede war nur von kurzer Dauer, Napoleons Macht war noch lange nicht gebrochen und 1809 sollte

<sup>1</sup> Vgl. Publikationen des Österreichischen Staatsarchivs, II. Series: Inventare österreichischer Archive, VII. Inventar des Wiener Hofkammerarchivs, Wien 1951, S. 169.

<sup>2</sup> Hofkammerarchiv-Wien (künftig HKA), Kreditakten. A.A.-Akten, Nr. 11, Fasz. 6, Nr. 46, fol. 1.

<sup>3</sup> HKA, Kreditakten. A.A.-Akten, Nr. 11, Fasz. 6, Nr. 46 (Beilage): "Gedanken zur Verbesserung der Österreichischen Staatswirtschaft. Geschrieben im September 1804" (künftig Welzl), S. 1 f.

<sup>4</sup> Welzl a.a. O. S. 5.

Österreich wieder seine Truppen beherbergen. Dadurch wurde die Finanzlage noch angespannter und führte 1811 zum Staatsbankrott. Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Schriftstückes waren die Staatsbedürfnisse enorm gestiegen, vor allem kostete der Unterhalt des Heeres enorme Summen; dadurch bedingt stiegen auch die Staatsschulden. Jede Lizitation führte zu einer noch größeren und so wurde die Bevölkerung durch Steuererhöhungen u.dgl. belastet. Der Autor spricht sich jedoch gegen die von vielen Fachleuten vertretene Meinung aus, Kredit im Ausland aufzunehmen, da durch die "nachfolgende Herausziehung der Zinsen, und des Stammkapitals" Nachteile größten Ausmaßes erwachsen würden. "Auch erhielt man schon durch die seitdem unternommene Nachfrage, wegen eines Anlehens im Reiche und in Holland, den sattsamen Beweis, daß für die Oesterreichischen Staatsfinanzen kein wohlfeiles Geld zu haben ist".<sup>5</sup> Das Renommé Österreichs und seines Herrscherhauses war im Sinken, da man Napoleons Aspiration auf die Kaiserkrone kannte. Um seine Dynastie und sein Land zu festigen kam Kaiser Franz II. dem Korsen am 18. August 1804 zuvor und nahm den Titel eines österreichischen Kaisers (Franz I.) an. Zwei Jahre später sollte dann das Ende des "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" proklamiert werden. Der "Kaiser der Franzosen" (Krönung am 2. Dezember 1804) ließ jedoch den Gedanken des "Griffs nach der Karlskrone" nie ganz fallen.

Seitdem Münzgeld existiert, wurde es in Schränken gesammelt. Im Bezug auf die "Ausstossung guter Münzen" meint Welzl, daß dieser Vorgang die Absicht verfolgte, "den Anwerth der Bankzetteln zu heben, und die in den Kästen der einzelnen Unterthanen versperrt klingende Münze in den Umlauf zu bringen".<sup>6</sup> Aber in der Art, wie man dabei vorging, konnte nichts erreicht werden. Das Verhältnis Bancozettel – Silbermünze war viel zu ungünstig (28:1). Der Großteil des Münzgeldes wurde aber nicht nur gehortet, sondern verschwand in das Ausland, da der Silbergehalt ein sehr hoher war. Für die täglichen Zahlungen wurde das minderwertigere Kupfergeld bevorzugt. "Wollte man aber auch mehrere Millionen dazu verwenden, um den Wechselkurs zu bessern, würde wohl eine bleibende Wirkung hervorgebracht werden?" – Ich sage nein. ... Ja es dürfte sogar die entgegengesetzte Wirkung erfolgen; indem die Finanzen diese Operation nicht dikasterialiter behandeln könnten, und sie also gerade in diejenigen Hände liefern müßten, deren erstes Gesetz Eigennutz ist, und die aus Mißtrauen in die Staats-Kräfte der Ö<sup>en</sup> Monarchie, solche Untersuchungen machen, welche dem Staatsinteresse geradezu entgegenstreben".<sup>7</sup> Es war zu

dieser Zeit kein Geheimnis mehr, daß die reichsten Wiener Wechsler so weit nur möglich ihre Inlandsschulden kündigten, um bei einem Staatsbankrott das in Bancozetteln erhaltene Darlehen nicht in guten Valuten zurückzahlen zu müssen. Außerdem knüpften sie enge Verbindungen zum Ausland, legten Geld zu äußerst geringen Zinsen an und spekulierten mit Effekten. "Alle diese Schritte der Wiener vermöglichen Wechsler sind samt dem Grunde, worauf sie ruhen, im Auslande sattsam bekannt, und sie sind dem Ausländer ein Spiegel, der ihm die Art, wie er seine Operationen einrichten muß, klar zeigt. Wenn nun diesen Wiener Wechslern eine Summe baren Geldes zur Verbesserung des Wechselkurses ausgefolgt würde: so würden sie vorläufig ihre Effekten auf fremde Plätze auf das Vortheilhafteste anzubringen suchen; dann aber mit der Barschaft der Finanzen den Kurs bessern, und in dem Zeitpunkte wo die Barschaft zu Ende, und eine weitere disponible Summe nicht mehr vorhanden wäre, würden sie mit ihren Fonds kaufen, und mit denselben bei dem neuen Sinken des Kurses gewinnen!"<sup>8</sup> Schonungslos zeigt der Verfasser hier die Praktiken dieses Berufsstandes auf. Er warnt auch vor dem unausbleiblichen Fall der Kurse, da die Interessen, auf die das Ausland Anspruch hat, eine zu große Höhe erreicht hätten und weist seine Feststellung an Hand von histen nach. Die Rückzahlung des Kapitals würde einen Ausfluß von jährlich 2.880.000 Gulden verursachen. 1806 würde sich die Summe auf 9.860.000 Gulden erhöht haben. Nach Welzls Meinung wird sich der Betrag "in dem Maße mindern, als die Kapitalschuld abnehmen, und der Wechselkurs noch schlechter werden wird".<sup>9</sup> Eine Zunahme würde aber in dem Maße erfolgen, "als die Kapitals Abzahlung mit dem Jahr 1811 von 2 1/2 p% auf 5 p% steigen, und der curs besser werden wird".<sup>10</sup> Die Jahresausbeute an Gold und Silber wurde auf drei Millionen Gulden geschätzt, aber dennoch mußten beinahe sieben Millionen Gulden aus dem Staatsschatz zugeschossen werden, um die Auslandsforderungen zu befriedigen. Jedoch keine dieser Transaktionen war für einen so geschwächten Staat wie Österreich gesund, vor allem in den vorherrschenden Krisenzeiten. Auch plädierte der Verfasser für eine Verminderung der Bancozettel, zu der es sieben Jahre nachher, als es schon zu spät war, kommen sollte. Im vorliegenden Aufsatz wird die Verringerung auf 25 Jahre veranschlagt, dabei wäre aber Voraussetzung, daß die Monarchie in vollstem Frieden lebte. "Nun weiß man aber aus der Geschichte, daß Österreich im Durchschnitte nicht einmahl das Sechste Jahr als Friedensjahr zählen kann",<sup>11</sup> eine Feststellung, die sich nur allzu bald wieder

<sup>5</sup> Welzl a.a. O. S. 7.

<sup>6</sup> Welzl a.a. O. S. 9.

<sup>7</sup> Welzl a.a. O. S. 10.

<sup>8</sup> Welzl a.a. O. S. 13 f.

<sup>9</sup> Welzl a.a. O. S. 15.

<sup>10</sup> ebenda

<sup>11</sup> Welzl a.a. O. S. 17.

als bittere Wahrheit herausstellen sollte.

Die immer wieder angeführten Krisen in der Geld- und Bankwirtschaft stellten in diesen Tagen jedoch ein gesamteuropäisches Problem dar. So unterbrach die Londoner Bank sogar die Umwechslung der Bancozettel in Münzen. An dieser Stelle ist der von Welzl getätigte Vergleich London – Wien nicht unangebracht: "Die Londoner Bank ist ein Eigenthum der Kaufleute, deren Interesse es mit sich bringt ihren Kredit aufrecht zu erhalten. Die Wiener Bank gehört dem Staate, und das Interesse der Kaufleute ist, ihren Kredit in den jetzigen Verhältnissen herabzuwürdigen. Die Londoner Bank ist in ihren Unternehmungen auf gewisse Gesetze beschränkt, sie macht von ihrer Einlage kein Geheimniß, ebensowenig von der Zahl der in umlauf gesetzten Noten. Die Wiener Bank ist unbeschränkt, und die Menge ihrer Noten ist ein Geheimniß, das Publikum schätzt selbe viel höher als sie ist. ... Die Londoner Bank benützt ihre Fonds zum discountiren, zum Gold und Silber Einkauf und Verkauf, dann zum Anlehen. Sie gewinnt jährlich große Summen und legt von ihrem Gewinne etwas in den Schatz. Die Wiener Bank macht gar keine Geschäfte, wodurch ihr Gewinn zu Theil werden könnte".<sup>12</sup> Der Autor greift hier an und zieht doch gleich zurück, wenn er feststellt: "Fern sey es von mir hiedurch sagen zu wollen, daß die bisherige Finanzverwaltung nicht gut war; die Sache hat verschiedene Ansichten, und unbedeutende Umstände können oft dem Ganzen eine andere Wendung geben, und alle Calculs vernichten. Es scheint vielmehr, daß man sich in einer viel besseren Lage zu seyn dünkt, als sie wirklich ist, und daß man die Ergreifung außerordentl. Maßregeln so lange verschiebt, als es möglich ist, um nicht zu frühzeitig dem gütigsten, und mildesten Herzen Sr. Majestät Verfügungen abzudringen, die Allerhöchst dessen Unterthanen, und auswärtigen Gläubigern empfindlich fallen müssen".<sup>13</sup> Mit dem hier zitierten Paragraph sechs endet gleichsam ein erster Teil und die folgenden letzten vier Abteilungen befassen sich mit genauen Vorschlägen zur Verbesserung der Staatswirtschaft in Österreich, wobei die Bankfrage jedoch weiterbehandelt wird im Rahmen der notwendigen Maßnahmen.

Dauerhafte Wirkung jeglicher Unternehmung, keine Beyorzugung bestimmter Staatsbürgergruppen, Änderung der Handelsbalance und genaue Information der Bevölkerung sind die Hauptforderungspunkte Welzls für die Ergreifung außerordentlicher Sanierungsmaßnahmen. In erster Linie dachte er dabei an die Errichtung einer Bank, wobei er eine Giro- oder Depositenbank ablehnte und einer Wechselbank den Vorzug gab. Diese könnte das Wechselgeschäft im Großen betreiben, Geld verleihen, Wechsel auf

gute Häuser diskontieren und außerdem "hätte sich die Finanzverwaltung derselben zu ihren Umsätzen zu bedienen".<sup>14</sup>

An dieser Institution sollten sich der Kaiser mit Mitteln aus der Privatschatulle, sowie Mitglieder des Herrscherhauses und vermögende Grundbesitzer beteiligen und dadurch das wohlhabende Bürgertum und Ausländer zu Einlagen anspornen. Für eine Aktie nahm der Verfasser als geringste Summe 500 Gulden als Richtpreis an. Die Einlagen mußten aber in gutem Geld erfolgen und bei den Banken sollte das Kapital 20-30 Jahre unkündbar liegen, zu 4% verzinst. "Die Sicherheit beruhet vorzüglich auf dem Bewußtseyn, daß der Staat, der als Interessent erschiene, in einem Falle der Noth die Fonds der Bank nicht herauszöge, und ein Schuldner der Bank würde, an dem in der Folge vielleicht gar nichts zu hohlen wäre".<sup>15</sup> An der Spitze der Bankinstitution sollte ein Ausschuß von 15 Mitgliedern stehen, der monatliche Sitzungen abzuhalten hätte mit Beratung der wichtigsten Vorkommnisse. Aus dieser Gruppe sollte sich eine kleinere mit fünf Mitgliedern konstituieren, die wöchentlich zusammentritt und über die Angelegenheiten entscheidet, die der Bankdirektor zum Vortrag bringt. Es findet sich hier eine Vorwegnahme des heutigen Aufsichtsrates. Bei bedeutenden Unternehmungen war zuerst die Zustimmung der Interessenten einzuholen. Für kleinere Aktionäre (500-5000 Gulden) war in diesen Fällen eine Wahlstimme vorgesehen, für größere (bis 10.000 Gulden) zwei Wahlstimmen und für jeden Aktieninhaber darüber drei Stimmen. Diese "Wahlmänner" hätten dann den erwähnten Ausschuß zu wählen und zum Vorsitzenden ein "angesehenes Glied des Herrenstandes". Als Schlichtungsinstitution in Streitfragen war ein Wechselgericht vorgesehen. "Durch die Hände des Directors und des Controlors dürften nie Gelder, die zur Bank oder aus derselben zu fließen haben, laufen. Die Bank müßte auch ihre Vortheile nie so weit treiben, daß sie sich ihrer Barschaft ganz entledigte, und sich der Gefahr blos stellte, daß unvorhergesehene Zahlungen nicht augenblicklich bestritten werden könnten".<sup>16</sup> All den Bereicherungen der vergangenen Jahre sollte durch Schaffung dieser Institution ein Riegel vorgeschoben werden. Ein antisemitischer Ton klingt bei Welzl an, wenn er meint: "Auch dürfte es sehr zuträglich seyn, die Juden, dieses betriebsame Völkchen, welches strebend nach dem gelobten Lande, ein eigenes – von der übrigen Menschheit isolirtes Interesse hat – auf eine gute Art von dem größeren, und um so mehr von dem engeren Ausschusse zu beseitigen".<sup>17</sup>

Aber nicht allein eine Bank genügte für die

<sup>12</sup> Welzl a.a. O. S. 19 f.

<sup>13</sup> Welzl a.a. O. S. 25.

<sup>14</sup> Welzl a.a. O. S. 27.

<sup>15</sup> Welzl a.a. O. S. 30.

<sup>16</sup> Welzl a.a. O. S. 32.

<sup>17</sup> Welzl a.a. O. S. 33.

Sanierung der Staatswirtschaft, auch "die Verbesserung der Handelsbilanz" erschien dem Verfasser ein wichtiger Faktor. Die Staatsverwaltung sollte sich in die Erwerbstätigkeit ihrer Untertanen nur so weit einmengen, als sie diese unterstützt: durch Verbesserung der Straßen, Zolltarifregelung, Ausfuhrfördernde Maßnahmen und verbesserte Verwaltung der dem Staat gehörigen Güter. Auch an Verkauf oder Verpachtung der letzteren wird in diesem Vorschlag gedacht. Wichtig wäre möglichste Beschränkung auf eigene Erzeugnisse, um damit eine Unabhängigkeit dem Ausland gegenüber zu erreichen. "Könnte nicht der Verbrauch ausländischer Weine ganz verboten, oder doch wenigstens die Ertheilung der Pässe sehr beschränkt werden? ... Könnte nicht das Tragen der Niederländischen und Französischen Spitzen, dann der Edelsteine und Perlen blos auf den hohen Adel beschränkt werden? ... Läßt sich die Einfuhr des Kaffehs nicht gegen Pässe beschränken?"<sup>18</sup> Mit diesen und anderen Ideen beschäftigte sich Welzl und er war sich dabei sicherlich bewußt keine Freunde damit zu finden. Das Hauptzollamt nahm jährlich für die "Luxusgüter" Kaffee, Zucker und Kakao 1.700.000 Gulden ein, aus dieser Zahl ist die gewaltige Einfuhrmenge ersichtlich.

Das größte Problem stellte jedoch die Tilgung der Auslandsschulden dar; es wird am Schluß der vorliegenden Untersuchung von Welzl behandelt. Mit Hilfe der jährlich eingenommenen Klassensteuer (einer Form der Personalsteuer) könnte die Schuldenabzahlung erfolgen. "Die Stände selbst könnten nicht wohl eine Einwendung machen, weil es ihnen gleichgültig ist, eine Abgabe, die gezahlt werden muß, da oder dorthin zu zahlen".<sup>19</sup> Die Last für die Untertanen stieg von Jahr zu Jahr. Die Tilgung der inneren Staatsschulden konnte durch Streichung der Kapitalien der Geheimen Einlösungskassa aus den Schuldbüchern erfolgen und dasselbe konnte mit den Kapitalien des Religions-, Studien- und Stiftungsfonds geschehen. Dagegen wäre diesen Fonds der jährliche Interessenbetrag aus der Kammer als bestimmte Dotation zu zahlen.

Nach Beseitigung all dieser Probleme bleibt nach Meinung des Autors nicht mehr viel zu tun übrig. Er schließt als letzten Behandlungsparagraphen eine "Operazion mit Bankzetteln" an, "wodurch deren allmähliche Verminderung erleichtert würde, und gleichsam von selbst erfolgen müßte. Hätte der Staat eine so große Menge in guter Münze, daß er den dritten Theil oder die Hälfte der Bankzetteln nach ihrem Kurse gegen Münze einlösen könnte, dann wäre die Operazion sehr leicht, und das Verhältniß der Bankzetteln gegen Münze in der Art hergestellt, daß sich letztere neben den ersten im Umlaufe erhalten könnte. Da aber dieses nicht der Fall ist: so sind

andere Maßregln nothwendig".<sup>20</sup> Von dem in der Schrift von 1802 geäußerten Plan einer Vermögenssteuer wird hier abgegangen, da sich innerhalb des seither vergangenen Zeitraumes viel geändert hat und diese Lösung nicht mehr durchführbar erscheint (unter anderem stieg der Heeresunterhalt beinahe um ein Drittel). Folgender Vorschlag wird unterbreitet: "Es stünde z.B. der Kurs 33 bis 34, so erkläre man, daß der 2 f Thaler 2 f 42 Xr, der 1 Thaler 1 f 21 Xr, das 20 Xr Stück 27 Xr, das 10 Xr Stück 13 1/2 Xr, das 7 Xr Stück des neuen Geprägs 8 Xr in allen Zahlungen gelten, und mit diesen Münzgattungen kein Agiotiren gegen Bankzetteln Platz greifen soll. Die Goldmünzen hingegen wären als Waare zu erklären, deren Preis in dem Maße, als die Nachfrage stärker oder minder wäre, sich von selbst reguliren würde. – Dadurch würde im ganzen Zahlungssystem und im allgemeinen Verkehr nichts verrückt, und dann würde der Staat in öffentl. Zahlungen seine Barschaft verwenden, und mit Billigkeit auch einen Theil der Abgaben in guter Münze fordern können. Die Staatsschuld im Papiergelde würde ohne Herabsetzung dessen Nennwerths, um denjenigen Betrag, um welchen die Erhöhung der Münze Statt fände, vermindert, und die Einlösung des Papiergeldes ohne mindesten Nachtheil der Unterthanen erleichtert".<sup>21</sup> Die Bank wäre jedoch verpflichtet im Einverständnis mit dem Wiener Münzamt, den Goldpreis im Verhältnis zu Hamburg (dem bedeutendsten europäischen Goldmarkt der damaligen Zeit) von Monat zu Monat festzusetzen und zu verlautbaren. Allein 1803 wurde über 40.000 Mark Silber in Österreich punziert. Nach Meinung des Verfassers spielte jedoch nicht der Luxus hier die entscheidende Rolle, sondern das allgemeine Mißtrauen, das der Wirtschaftslage entgegengebracht wurde. Aber auch dieses Übel konnte man beseitigen, wenn alles Silber, das mehr als eine halbe Mark wog, mit einer hohen Abgabe belegt würde.

Mit dieser Feststellung schließt die interessante Untersuchung eines vielwissenden Mannes, der nichts beschönigte, sondern eher das Unangenehme hervorkehrte. Es erscheint angebracht sich zum Abschluß etwas näher mit der Person des Verfassers zu beschäftigen.

Leopold Welzl wurde am 15. November 1773 zu Hroby im Taborer Kreis Böhmens geboren. Vorerst trat er in die Dienste von Graf Leopold Kolowrat-Krakowsky. 1789 kam er zur niederösterreichischen Staatsgüterbuchhaltung und dann zur Hofbuchhaltung. Über die vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei, die Hofkammer und die Ministerial-Bancodeputation gelangte er 1796 zum Staatsrat. Hier brachte er es bis zum Hofsekretär und "arbeitete immer ganz allein zu Handen des dirigirenden Staats-

<sup>18</sup> Welzl a.a. O. S. 38 f.

<sup>19</sup> Welzl a.a. O. S. 41.

<sup>20</sup> Welzl a.a. O. S. 43 f.

<sup>21</sup> Welzl a.a. O. S. 46 f.

und Conferenzministers Leopold Grafen Kolowrat, in welcher Dienstleistung er zu den wichtigsten und geheimsten Staatsangelegenheiten verwendet ward. In der Folge zum Hofrathe bei der k.k. Hofkammer und zum Referenten im Postwesen befördert trat er im November 1835 aus dieser Stellung in den Ruhestand..."<sup>22</sup> Am 19. Februar 1848 starb Welzl in Wien. Der am 1. Februar 1808 in den deutsch-erbländischen Adelsstand mit dem Prädikat von Wellenheim Erhobene war neben seiner amtlichen Tätigkeit ein bedeutender Numismatiker. Seine Münzsammlung soll die zahlenmäßig größte eines Privatmannes in Wien gewesen sein. Die Kenntnis, die zu diesem Hobby notwendig war, eignete er sich selbst an. Ebenso lernte er Sprachen und Geschichte. Die Akademie der Wissenschaften und der Künste in Padua ernannte ihn zu ihrem Mitglied, ebenso mehrere gelehrte Gesellschaften. Am 8. Jänner 1797 ehelichte er Sophie Muszbrock. Aus dieser Verbindung stammten zwei Söhne Wilhelm und Cajus August. Der letztere bekleidete bei seiner Pensionierung das Amt eines Oberfinanzrates und hatte 1836 folgende Schrift in Mailand veröffentlicht: "Estratto del regolamento sulle dogane e sulle privative dello stato posto in attività col giorno 1 di Aprile 1836 negli i.r. stati austriaci colle corrispondenti disposizioni della legge penale sulle contravvenzioni di finanza per uso dei viaggiatori".<sup>23</sup> Keine der wirtschaftspolitischen Abhandlungen des Vaters wurden gedruckt, nur einige numismatische Abhandlungen. So dient vielleicht der vorliegende Aufsatz eine Persönlichkeit der österreichischen Finanzgeschichte wieder bekannt zu machen.

#### SUMMARY

##### "THINKING ABOUT THE IMPROVEMENT OF THE AUSTRIAN ECONOMY" FROM 1804

Leopold Welzel (from 1808 onwards known as von Wellenheim) was a long-term associate of the minister of state and conference minister Count Leopold Kolowrat. Commissioned by his superiors he wrote "Thinking about the improvement of the Austrian economy" in 1804, a time of Napoleonic wars when the financial situation was particularly tense. In his work, the author discusses a multitude of issues, ranging from the idea of creating *Wechselbanks* to the economy of silver in the production of various appliances. He is opposed to engaging debts abroad. In addition, Welzl – an acknowledged numismatist – also tackles the issue of coins. In his thinking the author exposes the deep mistrust that many of his contemporaries feel towards the state's financial dealings and inexorably reveals the acts committed by the moneychang-

ers. Already at that time, Welzl advocates the limitation in the number of the Austrian bank notes (*Bancozettel*) in circulation. When this measure is indeed adopted 7 years later, it is already too late to save the financial system. In the course of the extraordinary rehabilitation measures (establishment of banks) he called for an end to favouritism of certain citizen groups and for a more accurate public informing. His thinking contains numerous modern ideas, which sound like a "supervisory board" in today's meaning of the concept. A state administration would thus intervene in the professional activity of its citizens only in order to assist them. Welzl wanted to severely restrict the importation of luxury goods (such as coffee, sugar, cocoa, laces, precious stones, pearls). The author defined the reimbursement of foreign debts as the most important problem. Today's readers are familiar with many of these considerations. In his time, Welzl's ideas were filed away.

#### POVZETEK

##### "RAZMIŠLJANJE O IZBOLJŠAVI AVSTRIJSKEGA GOSPODARSTVA" IZ LETA 1804

Dolgoletni sodelavec državnega in konferenčnega ministra grofa Leopolda Kolowrata, Leopold Welzl (od leta 1808 von Wellenheim), je leta 1804 po naročilu svojega predpostavljene napisal "Razmišljanje o izboljšavi avstrijskega gospodarstva". To je bil čas, ko so se vrstile vojne proti Napoleonu in ko je bil finančni položaj zelo napet.

Avtor v svojem delu obravnava vse, od ideje o ustanovitvi bank, ki se ukvarjajo z diskontnimi posli (Wechselbank), do prihranka srebra pri izdelavi raznih naprav. Nasprotuje najemanju kreditov v tujini. Poleg tega se Welzl ukvarja tudi z vprašanjem kovancev, saj je med drugim tudi priznan numizmatik. V svojih razmišljanjih razgrne nezaupanje, ki ga mnogi gojijo do finančnih operacij države. Pri tem neizprosno razkrije dejanja menjalcev denarja. Welzl se že takrat zavzema za omejitev avstrijskega papirnatega denarja (Bancozettel), kar se zgodi 7 let kasneje, ko je že prepozno, da bi rešili finančni sistem. V okviru izrednih sanacijskih ukrepov (ustanavljanje bank) je zahteval prenehanje favoriziranja določenih skupin državljanov in natančno obveščanje prebivalstva. V njegovem delu najdemo številne moderne ideje, ki zvenijo kot "nadzorni svet" v današnjem smislu. Državna uprava naj bi se v poklicno delo svojih državljanov vmešavala samo v obliki podpore. Welzl je hotel zelo omejiti uvoz luksuznega blaga (kava, sladkor, kakov, čipke, dragi kamni, biseri). Kot najbolj problematično je avtor ocenil odplačilo zadolženosti v tujini. Mnogo teh misli se bo današnjim bralkam in bralcem zdelo znano. Welzlove ideje so v njegovem času priložili aktom.

<sup>22</sup> Constant von Wurzbach Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. 54. Theil, Wien 1886, S. 261.

<sup>23</sup> Vgl. Würzbach a.a. O. S. 261 f.